

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
8. Wahlperiode
Wirtschaftsausschuss

Schwerin, 8. Mai 2023

Telefon: (03 85) 5 25-15 50
Telefax: (03 85) 5 25-15 55
E-Mail: wirtschaftsausschuss@landtag-mv.de

MITTEILUNG

Die 37. Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Tourismus und Arbeit
(Wirtschaftsausschuss)
findet am **Montag, 15. Mai 2023, um 10:00 Uhr**
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal statt.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung
**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des
Aufgabenzuordnungsgesetzes**
- Drucksache 8/1884 -

hierzu: ADRs. 8/258

Martin Schmidt
Vorsitzender

Sachverständigenliste

1. Jens-Uwe Zingler, Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern
2. Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V.
3. Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Fragenkatalog

1. Wie bewerten Sie grundsätzlich die im Gesetzentwurf geplante Zusammenlegung der Anhörungs- und der Planfeststellungsbehörde im Hinblick auf die Beschleunigung von Straßenbauvorhaben im Land?
2. Was sind die Vor- und Nachteile einer Zusammenführung der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde bei Straßenbauvorhaben, bei denen eine kommunale Gebietskörperschaft der Träger oder Beteiligte ist?
3. Kann das Landesamt für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern in Rostock durch die Zusammenführung der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde besser die widerstreitenden Interessen der Beteiligten gegeneinander abwägen und zu einer Lösung finden, die weder die Beteiligten noch die Betroffenen vor Ort unverhältnismäßig belastet, als die bisher zuständige Anhörungsbehörde des jeweils betroffenen Landkreises oder der jeweiligen kreisfreien Stadt?
4. Gibt es Kritik Ihrerseits an der geplanten Bündelung der verfahrenstechnischen Kompetenzen im Bereich der Straßenbauvorhaben?
5. Sollte diese Kompetenzenbündelung aus Ihrer Sicht gegebenenfalls auch auf andere Anwendungsbereiche von Planfeststellungsverfahren, wie etwa Stromtrassen oder Deponien, ausgeweitet werden?
6. Sehen Sie weiteren Bedarf bzw. andere Stellschrauben, um die Planfeststellungsverfahren im Bereich der Straßenbauvorhaben im Land effizienter zu gestalten?
7. Stimmt es, dass Städte und Gemeinden aufgrund des ständigen Personalwechsels und der dadurch unzureichenden Weiterbildung nicht über ausreichende Expertise verfügen, um im Rahmen eines Anhörungsverfahrens vorgelegte Informationen und Sachverhalte gemäß geltender Rechtslage zu prüfen?